

Verleihung des EUROPÄISCHEN FRIEDENSPREISES 2007

Laudatio von Hans-Joachim Ritter, Vorsitzender der Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V., anlässlich der Verleihung des EUROPÄISCHEN FRIEDENSPREISES 2007 an den Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Jean-Claude Juncker, am 14. Mai 2007 im Staatsministerium von Luxemburg

Sehr geehrter Herr Premierminister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

heute vergibt die Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. zum zweiten Mal den EUROPÄISCHEN FRIEDENSPREIS. Der erste Preisträger war kein Geringerer als der große Friedenspapst Johannes Paul II., der durch seine kraftvolle Persönlichkeit ganz entscheidend dazu beigetragen hat, dass das kommunistische System, zuerst in seinem Heimatland Polen, dann insgesamt zusammenbrach.

In diesem Jahr – dem Jahr des 50. Jahrestages der Römischen Verträge – verleihen wir den EUROPÄISCHEN FRIEDENSPREIS an einen Politiker, der als Motor und entscheidender Akteur in 2 Jahrzehnten bei nahezu allen europäischen Integrationsschritten als Vermittler, Mediator und Brückenbauer zwischen Politik und Bevölkerung wie zwischen den sehr unterschiedlichen Mitgliedern der inzwischen auf 27 Mitglieder angewachsenen Europäischen Union mitgewirkt hat. – Wir ehren heute den Premierminister des Großherzogtums Luxemburg, Herrn Jean-Claude Juncker. Mit ihm ehren wir einen großen, überzeugten und überzeugenden Europäer, der in bester Tradition des luxemburgischen Volkes mit Glaubwürdigkeit, Kompetenz, Beharrlichkeit und Leidenschaft Motor und Vordenker des Integrationsprozesses ist und dem es wie nur wenigen überzeugend gelingt, die Bürgerinnen und Bürger für die europäische Einigung zu begeistern und zu gewinnen.

Wie bei keinem der jetzigen EU-Regierungschefs ist sein Weltbild durch die Erfahrungen der Gründerväter Europas wie Konrad Adenauer, Alice De Gasperi, den in Luxemburg geborenen französischen Politiker Robert Schuman und nicht zuletzt durch den luxemburgischen Premierminister Pierre Werner geprägt. „Wer zweifelt, wer an Europa verzweifelt, der sollte Soldatenfriedhöfe besuchen“, lautet einer seiner Standardsätze, mit denen er das Bewusstsein für den Ursprung und Bedeutung des Einigungswerkes wach halten will. Was waren das noch für Zeiten, als sich die Nachbarn mit Waffen bekriegt haben? – Mein Schwiegervater, Jahrgang 1922, also jetzt im Alter von 85 Jahren, erzählt, wie er im Alter von 19 Jahren hier in Luxemburg in der Bonnevoie-Schule auf den Russlandfeldzug vorbereitet wurde. – Welche Gedanken mögen den Menschen dieser Generation durch den Kopf gehen? - 62 Jahre nach Beendigung des 2. Weltkrieges können wir heute mit großer Genugtuung feststellen:

Die Erzfeindschaften zwischen den europäischen Völkern, beispielsweise zwischen den Deutschen und den Franzosen, gehören längst der Geschichte an. Kein Mensch käme heute auf die Idee, zwischen den europäischen Staaten wieder Kriege anzuzetteln. Die EU entfacht in der Tat eine stabilisierende und friedensstiftende Wirkung. Daran hat unser heutiger Preisträger erheblichen Anteil.

Schon 1991 setzte Jean-Claude Juncker als Finanzminister für Luxemburg eine erfolgreiche Steuerreform durch. Sie ermöglichte dem zweitkleinsten Land in der EU als erstes und einziges Mitglied der Europäischen Union bereits 1994 die im Maastrichter

Vertrag festgelegten Beitrittskriterien zur Währungsunion zu erfüllen. Der heutige Premierminister Luxemburgs wurde bereits mit 41 Jahren der jüngste Regierungschef

seines Landes. Aufgrund des frühen Eintritts in die Regierung gehört er zu den Erfahrenen in der EU. Neben dem Amt des Premierministers behielt er noch seine bisherigen Ministerämter für Arbeit und Finanzen und übernahm zusätzlich noch das Schatzressort des Großherzogtums. Trotzdem ließ er sich bei seinem Engagement für Europa nicht bremsen. Vor allem trat er dafür ein, den Vertrag von Maastricht nicht aufzuweichen und die Beitrittskriterien für die Währungsunion strikt einzuhalten.

Es gilt, die Prinzipien der Demokratie und Transparenz in Europa einzuhalten. Nach dem Verfassungskonvent im Jahre 2003 wurden Sie im SPIEGEL vom 16.6.2003 wie folgt zitiert: „Ich bin jetzt 20 Jahre in europäischer Politik engagiert. Ich habe noch nie eine derartige Untransparenz, eine völlige undurchsichtige, sich dem demokratischen Wettbewerb der Ideen im Vorfeld der Formulierung entziehende Veranstaltung erlebt. Der Konvent ist angekündigt worden als die große Demokratie-Show. Ich habe noch keine dunklere Dunkelkammer gesehen als den Konvent.“

Nicht alles lief nach demokratischen Grundsätzen ab. - Das demokratische Element muss deshalb stärker gewichtet werden. Volksbegehren und Volksentscheide sollten ermöglicht werden. Das Europaparlament muss wie jedes normale Parlament das Recht der Gesetzesinitiative erhalten. Vielleicht hat es ja auch etwas Gutes, dass in Frankreich und Holland der Zustimmungsprozess zur EU-Verfassung gestoppt wurde, nachdem die Verfassung sehr umfangreich ist – zu umfangreich nach unserem Geschmack. Weniger ist mehr! Weitere essentielle und verbindende Inhalte wie der Gottesbezug in der Präambel fehlen.

Und noch einen wesentlichen Punkt möchte ich ansprechen: Die EU muss sich militärisch befähigen, sich – wenn nötig – verteidigen zu können. Doch Angriffskriege und die militärische Präsenz in aller Welt sollten abgelehnt werden.

Das Werk sollte auch, wie von Bundeskanzlerin Angela Merkel vorgeschlagen, eine Aussage zur Sozialen Marktwirtschaft enthalten. Doch auch diese gilt es vor dem Hintergrund der Klimakatastrophe zu einer Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft fortzuentwickeln, für die wir uns als Stiftung für Ökologie und Demokratie e.V. besonders einsetzen. Deshalb haben wir den 12. September zum ‚Tag der Ökologisch-Sozialen Marktwirtschaft‘ ausgerufen. Eine Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft hat viele Instrumente wie freiwillige Vereinbarungen, Emissionszertifikate, eine aufkommensneutrale Ökologische Steuerreform mit Umweltsteuern und –abgaben, um durch Steuern ökologisch zu steuern. Auf alle Fälle geht es darum, mit marktwirtschaftlichen Instrumenten der Ökologie stärkeres Gewicht zu geben. Unser Kuratoriumsmitglied Prof. Dr. Hans Christoph Binswanger aus St. Gallen in der Schweiz hat beispielsweise schon in den 70er Jahren die Idee einer aufkommensneutralen Ökologischen Steuerreform entwickelt. Die Schöpfung zu bewahren ist eine urkonservative Aufgabe. Deshalb dürfte es für Sie interessant sein, dass sich auch konvervative Politiker wie unser Kuratoriumsmitglied Dr. Josef Riegler, der frühere Vizekanzler der Republik Österreich von der ÖVP, als Ehrenpräsident des Öko-Sozialen Forums Europas sehr stark für eine Öko-Soziale Marktwirtschaft engagiert. In Ihrer Rede zur Lage der Nation, die Sie am Europatag im Luxemburgischen Parlament gehalten haben, haben Sie u.a. auch zahlreiche unterstützenswerte Vorschläge in Richtung einer ökologischen Politikorientierung und insbesondere zugunsten des Klimaschutzes unterbreitet. U.a. haben Sie den Umstieg vom PKW auf den ÖPNV propagiert. Erfahrungsgemäß sind es 2 Dinge, die die Menschen abhalten, umzusteigen: Die Bequemlichkeit und der immer noch günstige Spritpreis. Aufgrund der relativ niedrigen Mineralölsteuer hier in Luxemburg gibt es sogar einen starken Tanktourismus aus dem benachbarten Ausland.

Ich rege an, über eine Erhöhung der Mineralölsteuer nachzudenken. Dadurch könnte man der Umwelt und zugleich für den Staatshaushalt von Luxemburg etwas Gutes tun.

Anlässlich der Feierlichkeiten zur 50-Jahrfeier der Römischen Verträge forderten Sie eine überarbeitete Fassung der EU-Verfassung unter der Bezeichnung „Europäischer Grundvertrag“ schon bis Ende diesen Jahres unter Dach und Fach zu bringen, um diesen Vertrag bis zur Europawahl 2009 von allen 27 Mitgliedsstaaten ratifizieren zu lassen.

Jean-Claude Juncker ist nicht nur ein überzeugter Europäer, sondern auch ein überzeugter und gläubiger Christ. Der christliche Glaube ist ihm klare Richtschnur für sein Leben. Deshalb hat es ihn äußerst betroffen gemacht, mit welcher Ignoranz und Intoleranz die Vertreter mancher europäischer Länder die Erwähnung Gottes in der Präambel der EU-Verfassung verhinderten. Hier stellt sich die Frage: Wie soll Europa geprägt sein? – Soll es sozialistisch, materialistisch-atheistisch, liberal-materialistisch oder soll die EU ein „liberaler Imperialismus“ werden – wie es der EU-Außenbeauftragte Solana formuliert hat – oder eine auf humanistisch-christlichem Wertefundament gestützte Völkergemeinschaft auf dem alten Kontinent Europa? – Gewiss leben wir heute nicht mehr in einem mittelalterlich geschlossenen System einer christlichen Gesellschaftsordnung. Doch zeigen gerade die jüngsten Beispiele unserer Europäischen Friedenspreisträger Papst Johannes Paul II. und Jean-Claude Juncker, welche Kraft und Dynamik die Verwurzelung im christlichen Glauben bewirken kann. Ein Hinweis auf das die europäische Kultur, Tradition und Werteordnung prägende Christentum und auf Gott, den Schöpfer der Schöpfung, in der Präambel der EU-Verfassung wäre keineswegs verkehrt. Es wäre für die weitere Werteordnung und Sinnfindung Europas geradezu nötig. Im Vorwort zur Charta der Europäischen Identität von 1995 hat es der damalige Staatspräsident der Tschechischen Republik, Václav Havel, so formuliert: „Die Europäische Union beruht auf einem großen

Ensemble zivilisatorischer Werte, deren Wurzeln zweifellos auf die Antike und das Christentum zurückgehen und die sich durch zwei Jahrtausende hindurch zu der Gestalt entwickelt haben, die wir heute als die Grundlagen der modernen Demokratie, des Rechtsstaates und der Bürgergesellschaft begreifen.“ In der Präambel der EU-Verfassung heißt es lediglich u.a.: „Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben.“ Doch der Gottesbezug fehlt. Drum hat anlässlich der Feierlichkeiten zum Jubiläum 50-Jahre Römische Verträge Papst Benedikt XVI. den fehlenden Gottesbezug in der EU-Verfassung angemahnt.

Mit Ihrer Mitgliedschaft im Kuratorium der Europäischen Stiftung Kaiserdom zu Speyer demonstrieren Sie die kulturelle und abendländische Bedeutung des christlichen Glaubens, verbinden unsere beiden Länder und unterstreichen die baukulturelle Bedeutung dieses einmaligen Bauwerks des Kaiserdoms zu Speyer.

Europa ist für Jean-Claude Juncker zu seinem Herzensanliegen geworden. Wie Jacques Santer und Pierre Werner hat er Großes für die europäische Integration geleistet. Das zeigt einmal mehr: Die Bedeutung eines EU-Mitgliedslandes lässt sich nicht nur an Einwohnerzahl und Quadratkilometer messen. Schon Winston Churchill hat unmittelbar nach dem Kriege im Jahre 1946 in einer Rede an die Jugend gesagt: „Kleine Nationen werden soviel wie große gelten und sich durch ihren Beitrag für die gemeinsame Sache Ruhm erringen können.“

Was ist seit dem Kriegsende im Jahre 1945, also in 62 Jahren, aus Europa geworden, das damals weithin zerstört war und an den Kriegsfolgen litt? – Nach der national-

sozialistischen Diktatur kam durch das kommunistische Regime die Trennung Europas durch den „eisernen Vorhang“ bis Ende der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts.

Heute sind wir – Gott sei Dank – davon erlöst. 27 Länder Europas, die sich zuvor in der Geschichte immer wieder bekriegt haben oder stramm kommunistisch regiert wurden, sind heute vereint. Dass solche Prozesse nicht reibungslos vonstatten gehen können, liegt auf der Hand. Zu unterschiedlich sind die Erfahrungshintergründe und Erwartungen. Auch vor mehr als 50 Jahren in Vorbereitung der Römischen Verträge prallten Ende 1956/Anfang 1957 in der Brüsseler Regierungskonferenz nicht wenige Interessensgegensätze auf einander. Das betraf u.a. die Modalitäten der Verwirklichung der Zollunion und eines gemeinsamen Marktes für Industriegüter, den Agrarmarkt, die Zuständigkeiten der EWG, das supranationale institutionelle Gefüge und damit verbundene politische Erwartungen. Strittig waren Fragen der Organisation und einer Atomgemeinschaft. Damals dominierte die Vorstellung, gemeinsame Nuklearpolitik sei ein wesentlicher Beitrag zur Integration und Euratom als Vorhaben sei so wichtig wie der gemeinsame Markt. Bereits im November 1957 gab es zwischen Deutschland, Frankreich und Italien offizielle Verhandlungen über die gemeinsame Produktion von Atomsprengköpfen und Trägersystemen. Nach dem Amtsantritt von De Gaulles im Jahre 1958 wurde jedoch diese trilaterale Nuklearkooperation nicht fortgesetzt. Die mit den Römischen Verträgen verbundenen Absichten waren zweifellos nicht nur ziviler und pazifistischer Natur. Gott sei Dank kam es nicht dazu, dass aus Europa eine Nuklearwaffengemeinschaft wurde. – Auch heute sind viele Friedensgruppen sehr hellhörig, weil in Art. I Kapitel 41 Abs. 3 Satz 3 des Entwurfs der EU-Verfassung die Verpflichtung der Mitgliedsstaaten beinhaltet ist, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern und bei entsprechenden Beschlüssen aufgrund des Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 1 zu militärischen Missionen zur Stärkung internationaler Sicherheit beizutragen. Wir appellieren an Sie als neuen Träger des EUROPÄISCHEN FRIEDENSPREISES mitzuwirken, dass sich die EU als defensives Friedens- und Verteidigungsbündnis definiert. Der Vorstellung, dass EU-Truppen überall in der Welt ständig eingreifen, muss ein klares Nein entgegen gesetzt werden!

Glücklicherweise entwickelte sich die Europäische Gemeinschaft positiv. Wir erleben heute Europa nicht nur als einen Wirtschaftsraum mit einer Währung, der unbegrenzten Möglichkeiten beim Warentransfer und Reisen. Sondern wir erleben – was viel wichtiger ist – Europa als Region des Friedens. Daran haben Sie – sehr geehrter Herr Premierminister Juncker – einen sehr großen persönlichen Anteil. In Würdigung Ihrer Verdienste um die Einigung Europas verleihen wir Ihnen den EUROPÄISCHEN FRIEDENSPREIS 2007.